



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### **Glyphosatausstieg jetzt einleiten!**

Der Landtag stellt fest, dass das Umweltbundesamt (UBA) die Umweltrisiken beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit dem Ergebnis bewertet hat, dass der Einsatz von Insektiziden, Herbiziden und Fungiziden ein hohes Umweltgefährdungspotenzial in sich birgt. Die Vernichtung von Beikräutern auf Ackerflächen entzieht Insekten und Feldvögeln großflächig die Lebensgrundlage und stellt damit eine Gefahr für die Artenvielfalt dar. Darüber hinaus entstehen laut der internationalen Krebsforschungsagentur der WHO (IARC) Risiken für die Gesundheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend einen landeseigenen Leitfaden zur Minimierung des Einsatzes von chemischen Pflanzenschutzmitteln im Rahmen des integrierten Pflanzenschutzes zu erarbeiten. Die „gute fachliche Praxis“ bildet lediglich die Basis zur Erstellung des Leitfadens.
2. den landeseigenen Leitfaden im ersten Halbjahr 2018 vorzulegen und in den Ausschüssen für Umwelt und Energie sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über Potenziale zur Anwendungsminimierung bzw. -verzicht von Glyphosat zu berichten.
3. Alternativen zum Glyphosateinsatz, wie den Ökolandbau, verstärkt zu fördern und in die Forschung und Entwicklung des alternativen Pflanzenschutzes zu investieren.
4. den vollständigen Anwendungsverzicht des Breitbandherbizids im öffentlichen Raum, insbesondere in öffentlichen Parks, Gärten und Spielplätzen durchzusetzen. Ebenso soll kein Glyphosateinsatz im privaten, nicht landwirtschaftlichen Bereich erfolgen, weil hier ein sachgemäßer Umgang nicht sicherzustellen ist. Ein Verkaufsverbot in den Baumärkten und eine Untersagung des kaum kontrollierbaren Verkaufs im Internet soll die unsachgemäße Verwendung ebenso vermeiden.

(Ausgegeben am 12.12.2017)

5. alle Möglichkeiten im Land auszuschöpfen, um ein vollständiges Verbot der Vor-erntebehandlung (Sikkation) umzusetzen, weil dies der direkte Eintragsweg in die Lebensmittelkette ist.
6. sich mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln auf Bundesebene (AMK, Bundesratsinitiative) für eine zusätzliche Abgabe beim Kauf von Pflanzenschutzmitteln einzusetzen. Die Einnahmen sollen in Programme zur Erhaltung der Artenvielfalt und Biodiversität auf Ackerflächen fließen.

## **Begründung**

Die Zulassung von Glyphosat für weitere fünf Jahre stellt nicht nur einen politischen Skandal, sondern vor allem eine Gefährdung für die Umwelt und die menschliche Gesundheit dar.

Das Julius-Kühn-Institut hat 2017 in einer Studie herausgefunden, dass trotz der bereits bekannten Risiken die Anwendung von Glyphosat in den vergangenen zehn Jahren angestiegen ist. Weiterhin zeigt die Studie zahlreiche Möglichkeiten auf, um den Glyphosat-Einsatz zu minimieren. In Anlehnung dieser Erkenntnisse ist die Landesregierung aufgerufen, die zahlreichen Möglichkeiten zum Verzicht von Glyphosat aufzuzeigen. Jenen Alternativen, die innerhalb der Landwirtschaft ohne Ertragseinbußen möglich sind, soll dabei besonderes Augenmerk geschenkt werden. So existieren beispielsweise in der Schweiz Zertifikationssysteme, auch im Bereich der Intensivlandwirtschaft, bei denen gänzlich auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in den Feldkulturen verzichtet wird, ohne Ertragseinbußen zu verzeichnen. Um die menschliche Gesundheit zu schützen und die Biodiversität nicht weiter zu gefährden, muss neben der Anwendungsminimierung und dem vollständigen Verzicht im privaten, nicht landwirtschaftlichen sowie öffentlichen Bereich vor allem das Aufzeigen von Alternativen in den Mittelpunkt der politischen Debatte gerückt werden.

Thomas Lippmann  
Fraktionsvorsitzender